

Verbot der NPD

Durch die jüngsten Ereignisse um die rechtsradikalen Verbrechen einer Gruppe aus Thüringen gibt es neue Bemühungen die NPD endlich zu verbieten. Dieses Verbot ist längst überfällig, greift aber viel zu kurz, denn das Problem des Rechtsradikalismus in der Gesellschaft ist damit nicht aus der Welt geschafft. Zu weit reichen diese Strukturen bis in die bürgerlichen Parteien hinein und die Stammtische dieser Republik bilden eine Basis für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Die NPD ist nur die Spitze eines Eisberges und wird zudem noch durch Steuergelder genährt. Viele Fragen werfen vor allem die Gelder für eingeschleuste Spitzel des Verfassungsschutzes auf, die sich wahrscheinlich zu einem nicht geringen Teil ins Fäustchen lachen, weil sie für ihre Gesinnung auch noch vom Staat bezahlt werden und rechtsgerichtete Aktionen im Auftrag des Staates organisieren. Es stellt sich die Frage: braucht dieser Staat die Rechtsradikalen?

Zu Recht wehren sich Teile der Bevölkerung einschließlich Migrantengruppen gegen diesen laschen Umgang der Staatsorgane mit dem Rechtsradikalismus, sie demonstrieren und fordern Aufklärung und den Verbot der neofaschistischen Partei.

In Deutschland zeigt sich mal wieder die Fratze des schlafenden Ungeheuers, dass in Krisenzeiten die Massen erfasst und alte Feindbilder wiederbelebt, damit die Verantwortlichen für die Verarmung immer größer werdender Teile der Bevölkerung von sich ablenken können.

Finanzkrise

Auch im Europa der aktuellen Finanzkrise ist das Image der Deutschen angekratzt, weil sich ihre die Märkte beherrschende Wirtschaft mit Hilfe der Politik zwar die Konten gefüllt hat, aber nicht bereit ist sich an den Kosten zu beteiligen. Diese Anhäufung von Vermögen in Deutschland wirkt sich nicht wesentlich auf den Staatshaushalt aus (auch wenn die finanziellen Möglichkeiten immer noch größer sind als die der anderen Staaten), weil die Klasse der Vermögenden kaum Steuern zahlt. Da die Bundesregierung sich beharrlich weigert, die Vermögenden an den von ihnen, durch ihre Finanzspekulationen, verursachte Krise zu beteiligen, kann sie auch nur begrenzt Solidarität mit den ärmeren Ländern entwickeln. Die eigene Bevölkerung wurde schon in den letzten Jahrzehnten durch Lohnsenkungen, Einschränkungen der Arbeitnehmerrechte, Leiharbeit, Minijobs, Sozialabbau.... geplündert und die deutsche Wirtschaft zerstört mit ihrer Wirtschaftskraft die Strukturen in anderen Ländern. Im Verbund mit den Banken werden die rentablen Bereiche billig aufgekauft und das aufgehäufte Kapital zu hohen Zinsen an die hoch verschuldeten Staaten verliehen. Dann zwingen sie die Staaten, über Sparmaßnahmen die eigene

Bevölkerung auch verstärkt für die Schulden „bluten“ zu lassen, Sozialabbau zu betreiben und wichtige Teile der Wirtschaft zu privatisieren, d.h. ihnen zu verkaufen. Das ist die neoliberale Politik, die vom Finanzkapital und den Konzernen dominiert wird und sich ein Europa geschaffen hat, das unter diesen Bedingungen, die Last der öffentlichen und privaten Schulden kaum noch tragen kann. Die Summe der Verschuldung der Staaten im Euroraum entspricht in etwa dem Vermögen einer Oberschicht von etwa 1 bis 2 Prozent der Bevölkerung.

Die deutsche Regierung lehnt Eurobonds (gemeinsame Staatsanleihen) der Euroländer ab, weil sie dann die Schulden der anderen Länder mit tragen müsste. Deutschland profitiert aber am meisten von der Wirtschaftsunion auf Basis des Euros, d. h. die deutsche Wirtschaft, aber auch beschäftigte Teile der Bevölkerung bis hinein in die Mittelschicht. Deswegen ist ein Politikwechsel in Deutschland kaum zu erwarten, auch weil der bereits ausgegrenzte Teil der Bevölkerung nur begrenzt Neigung zum Widerstand zeigt. Aber die anderen Euroländer sehen die „Deutschen“ zunehmend kritischer.

Neuer Senat in Berlin

In Berlin ist die Rot/Schwarze Koalition bereits dabei sich einzurichten. Für die Schwarzen heißt das, ihre Leute in gut bezahlte Jobs zu hieven und alte Seilschaften wieder mit „Blut“ zu versorgen, koste es, was es wolle. Wahrscheinlich wird eine neue Sparwelle auf Berlin zurollen, damit Geld an die Wirtschaft und dem sonstigen Klientel der CDU verteilt werden kann. Sie werden versuchen sich in der Macht einzurichten, die Massenmedien haben sie auf ihrer Seite.

Allerdings fehlen der Koalition die Konzepte, um die Schuldenberge der Stadt abzubauen, der finanzielle Spielraum ist sehr begrenzt, die alten Sparkonzepte des Sozialabbaus sind in Berlin schwieriger umzusetzen, als im Rest der Republik. Die politischen Möglichkeiten einer Landesregierung ermöglichen kaum neue Wege, das hat auch die Politik der Rot/Roten Koalition in den letzten Jahren eingeschränkt. Allerdings ist von dem neuen Senat noch weniger zu erwarten. Wahrscheinlich wird sich weiter durchgewurschtelt und zunächst die eigenen Taschen vollgesteckt und dann mal sehen, was dabei rauskommt.

Hans-Wilhelm Meyer (Dezember 2011)

www.ausbruchsversuche.de